

Wohin treibt Deutschland?

Klimaschutz zwischen Wachstumsschwäche und Wachstumsende

Rudi Kurz

1 Einführung: Klima, Krise, Krieg

Seit Jahrzehnten wird über die Grenzen des Wachstums diskutiert (vgl. Meadows et al. 1972, Randers 2012; Kurz 2023a). Nun scheint es, als habe Deutschland sie erreicht. Seit mehr als fünf Jahren ist das BIP (real) nicht mehr gewachsen und die längerfristigen Wachstumsszenarien lassen keine Besserung erwarten. Damit sind erwünschte ökologische Entlastungseffekte verbunden, z. B. ein signifikanter Rückgang der CO₂-Emissionen in den Krisenjahren 2020 (65 Mio. t) und 2023 (76 Mio. t). Das Zusammenspiel von Effizienz, Substitution (Erneuerbare Energien) und Suffizienz (weniger Produktion und weniger Konsum) wirkt also. Mit diesem Reduktionstempo wären die Klimaschutzziele erreichbar.

Allerdings sind die sozio-ökonomischen Nebenwirkungen, die sich aus dem Wachstumsausfall der letzten (»verlorenen«) fünf Jahre ergeben, gravierend. Pandemie, Krieg, Inflation und Zuwanderung haben die Gesellschaft massiv verändert. Das betrifft vor allem die Verschärfung von Verteilungskonflikten, die (rettende) Rolle des Staates und ein Wahlverhalten, das problemverschärfend und demokratiegefährdend wirkt. Hinzu kommen Protektionismus und erratische Schocks, die von der westlichen Führungsmacht USA ausgehen. Damit wird die ökologische Chance, die im Ende des Wachstums liegt, kaum wahrgenommen. Ein öffentlicher Diskurs über die Frage »Was kommt nach dem Wachstumszeitalter?« findet nicht statt. Es ist wenig Lust auf »neue Wohlstandsmodelle« bzw. »Wohlstand erneuern« (BMWK 2023) erkennbar – aber viel Sehnsucht nach der Rückkehr auf den alten Wachstumspfad, nach wirtschaftlicher Sicherheit in unsicheren Zeiten.

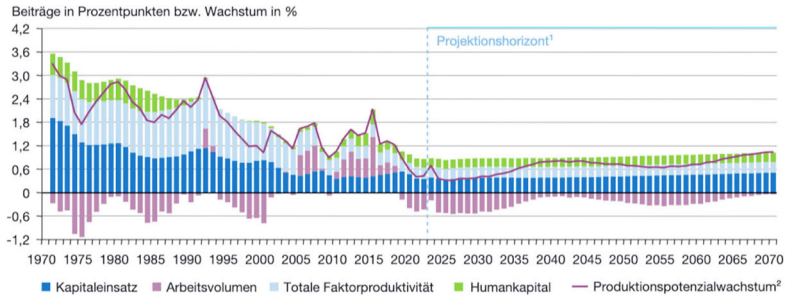
Im Folgenden werden zunächst die Wachstumsaussichten in Deutschland betrachtet, die These der »Wachstumsschwäche« geprüft – und Argumente für die Gegenthese »Wachstumsende« dargestellt (Abschnitt 2). Während das Wachstum ausbleibt, nehmen zeitgleich die Ansprüche und die Anforderungen an die Wirtschaftsleistung zu (u.a. durch Alterung, Aufrüstung, Klimafolgen). Auf zwei zentrale Aspekte bzw. Kostenfaktoren wird in Abschnitt 3 eingegangen: auf den Verlust der Friedensdividende sowie den der Globalisierungsdividende. Als unvermeidbare Konsequenz werden Verteilungskonflikte zunehmen und rücken Verteilungsfragen ins Zentrum der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Diskussion (Abschnitt 4). Eine Chance birgt das Wachstumsende dann, wenn damit die Diskussion um Wohlstand breiter und intensiver geführt wird – und schließlich Wachstumspolitik ersetzt wird durch Wohlstandspolitik. Dazu werden einige Bausteine in Abschnitt 5 dargestellt. Am Beispiel Klimaschutz werden mögliche Anpassungspfade durch die Verbindung von Effizienz- und Suffizienz-Option aufgezeigt. Abschließend wird auf die Frage der Auswirkungen von (weniger) Wachstum und Wohlstand auf die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung eingegangen (Abschnitt 6). Ein (unerwartetes) Ende des Wachstumszeitalters kann zu einer Krise von Marktwirtschaft und Demokratie werden. Es kommt auf die Gestaltung (Design) der Transformation, auf Institutionen und auf Kommunikationsformen an. Die offene Frage bleibt, ob und wie sich das Rettende durchsetzen kann.

2 Ende des Wachstumszeitalters, Schrumpfung, Niedergang?

Nach einem (»goldenen«) Wachstumsjahrzehnt 2010–2019 mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate des BIP (real, inflationsbereinigt) von 1,3 % p.a. haben Pandemie, Inflationsbekämpfung und Ukraine-Krieg zu schweren ökonomischen Einbrüchen geführt. Die Erholung vollzieht sich schleppend und erst 2026 wird das Niveau des Jahres 2019 (voraussichtlich) wieder erreichen werden. Insgesamt also ein halbes Jahrzehnt »Null-Wachstum«. Ist danach wieder mit einem »dynamischen« Wachstum zu rechnen? In der Deutschland-Prognose der Deutschen Bundesbank (vgl. Monatsbericht Dezember 2024) wird nach dem Rezessionsjahr 2024 (–0,2 %) in den Folgejahren mit schwachem Wachstum gerechnet: 0,2 % (2025), 0,8 % (2026), 0,9 % (2027). Die langfristigen Szenarien (bis 2070), die vom Sachverständigenrat gerechnet worden sind, lassen eine Wachstumsrate von 0,4–0,7 % p.a. erwarten (vgl. SVR

2023). Auch durch diese Zahlen wird die Diagnose »Wachstumsschwäche« gestützt. Wie kommt der Sachverständigenrat (SVR) zu diesen Ergebnissen?

Abb. 1: Wachstum Deutschland 1970–2070



¹ Werte für 2023 und 2024 basieren auf der Kurzfristprognose des SVR Wirtschaft. Ab 2025 Projektion. ² Das Produktionspotenzialwachstum berechnet sich als Summe der Wachstumsbeiträge der vier Faktoren der Produktionsfunktion: Kapitaleinsatz, Arbeitsvolumen, Totale Faktorproduktivität sowie Humankapital. Deren Beiträge können auch negativ sein.

Quelle: Grimm/Kroeger/Ochsner 2024: 180–186

Ausgangspunkt ist eine Produktionsfunktion mit den Produktionsfaktoren Arbeit A , Kapital K , technischer Fortschritt T , die das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential PP bestimmen:

$$PP = PP(A, K, T)$$

Deren Entwicklungstrends können grob vereinfachend so skizziert werden (vgl. SVR 2023; Kurz 2023a):¹

- A schrumpft, es sei denn die Netto-Zuwanderung steigt auf über 400.000 p.a.;
- K nimmt nicht zu (Abschreibung von stranded assets; Unter-Investition in öffentliche Infrastruktur);
- T wird schwächer ($< 0,5$ % p.a., »productivity puzzle«).

1 Bei konstantem Auslastungsgrad ist die Wachstumsrate des BIP gleich der Wachstumsrate des PP .

In Summe ergibt sich daraus als (wahrscheinlichstes) Szenario ein Wachstum von 0,4–0,7 % p.a. Nicht gerechnet wurde ein Schrumpfungs-Szenario, das sich z.B. aus weniger Zuwanderung ergeben könnte (wenn sich Integrationsfähigkeit und Akzeptanz weiter verschlechtern sollten). Ein anhaltender Trend mit negativer Wachstumsrate im Bereich von 0 bis –1 % p.a. ist nicht ganz unwahrscheinlich und müsste daher mehr Beachtung und Analyse erfahren – zumal, da potenziell hohe gesellschaftliche Kosten zu erwarten sind (u.a. Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte und der Sozialen Sicherungssysteme).

Wie würde sich eine anhaltende Schrumpfungsphase auswirken, z.B. –1 % p.a. über die nächsten zwei (Transformations-)Jahrzehnte? In einem solchen Schrumpfungsszenario geht das BIP kontinuierlich (»by design«) um 1 % p.a. zurück, d.h. über zwei Jahrzehnte bis 2045 um ca. 20 %, von heute 100 auf 80 (genau: 81,8). Das würde einem BIP-Niveau entsprechen, das ungefähr um das Jahr 2005 erreicht war. Wenn aber gleichzeitig in der Bevölkerung weiterhin die tradierte Wachstumserwartung von +1 % p.a. vorherrscht, wird für 2045 ein Anstieg der Einkommen von 100 auf 120 (genau: 122) erwartet. Der Vergleich von Schrumpfungsrealität und Wachstumserwartung ergibt eine Lücke von $120 - 80 = 40$, d.h. von 50 % (bezogen auf 80), also ein gravierender Unterschied, der erhebliche Frustration erzeugt (»Frustrationslücke« $120 - 80$).

Noch dramatischer wird die Einkommensentwicklung, wenn nicht die Brutto-, sondern die Netto-Einkommen betrachtet werden. Aufgrund der wachsenden Aufgaben des Staates in der Transformation (plus Kriegslasten, plus internationale Verpflichtungen) und aufgrund des demografisch bedingten Kostenanstiegs in den Sozialen Sicherungssystemen wird die Steuer- und Abgabenlast steigen, d.h. es wird weniger Netto vom Brutto geben. Die Konsumausgaben werden also im Szenario um mehr als 20 % sinken müssen.

Der gesellschaftliche Sprengstoff ergibt sich dadurch, dass der Konsumverzicht nun ökonomisch »erzwungen« wird. Es geht also nicht um Suffizienz als Anpassung der Lebensstile durch freiwillige Verhaltensänderung (»weniger ist mehr«). Vielmehr erleben die Bürger*innen das Ende des alten (deutschen) Wohlstandsmodells unvorbereitet. Sie werden sich als »naive« Opfer fühlen und nach Schuldigen suchen, die es hätten wissen müssen – und als Macher hätten verhindern müssen. Aber es läuft unkontrolliert, »by disaster« (not by design, Victor 2008). Das kann zu einem sozio-ökonomischen Kipppunkt führen (vgl. Kurz 2024c), insbesondere dann, wenn durch die Schrumpfung die Arbeitslosigkeit zunehmen sollte.

Dann also doch Wachstumspolitik? Selbst wenn das Umweltschutz-/Klimaziele gefährdet? Die Stimulierung des Wachstums – soweit sie tatsäch-

lich gelingt – könnte Vorteile für einige Industrien (z.B. die »energieintensiven«) bringen und helfen, eskalierende Verteilungskonflikte zu befrieden. Eine solche »Retro-Strategie« (vgl. Kurz 2022) wird aber volkswirtschaftlich sehr teuer:²

- Wohlfahrtsverluste durch paternalistische Eingriffe in die Arbeits-/Freizeit-Präferenzen;
- Fehl-Allokation durch (mehr) negative externe Effekte und durch »großskalige« Industriepolitik (vgl. Kurz 2023a);
- Staatsversagen aufgrund der Fehleinschätzung von Steuerbarkeit/Machbarkeit und staatlicher Leistungsfähigkeit.

Daher sind die anhaltenden Versuche, die »Wachstumsschwäche« durch Angebotspolitik und allerlei Programme und ein Sammelsurium von Maßnahmen zu überwinden, zwar verständlich und können Politikern als Nachweis ihrer Aktivität dienen.³ In Regierung und Parlament geht der Streit nur darum: Was sind wirksame und notwendige Maßnahmen, um die »Wachstumsschwäche« zu überwinden? Kein Politiker wagt es, die (ökonomische) Aussichtslosigkeit oder gar die (ökologische) Schädlichkeit zu thematisieren. Tenor: Wachstumsschwäche ist ein temporäres Problem, gegen das es geeignete Mittel gibt und das überwunden werden kann (und muss). Grimm et al. (2024) weisen darauf hin, dass ein wachsendes BIP positiv auf die CO₂-Intensität wirken könnte (d.h. CO₂/BIP sinkt dann schneller) – und damit Wachstumspolitik zugleich Klimapolitik ist (kritisch dazu Kurz 2025). Die aktuell beschlossenen, großskaligen, kreditfinanzierten Staatsausgaben-Programme werden keine dauerhaft höhere Wachstumsrate bewirken. Sie sind einerseits auf Rüstungsausgaben gerichtet (Abzug von Produktionsfaktoren aus der Zivilproduktion) und andererseits auf Reparatur (Rückstau) von maroder Infrastruktur (keine Erweiterungs-, sondern Ersatz-Investition).

Fazit: Immer fragwürdiger wird die Diagnose einer temporären Wachstumsschwäche und es wird immer wahrscheinlicher, dass es für Deutschland keine

2 Es kommt zu »uneconomic growth« (H.E. Daly), dessen gesellschaftliche Zusatzkosten höher sind als der Zusatznutzen.

3 Vgl. z.B. die »Wachstumsinitiative« der Ampel-Regierung mit »49 Maßnahmenbündel mit über 130 konkreten Schritten«, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/gesetzesvorhaben/wachstumsinitiative-2306060>.

Rückkehr mehr zum alten Wachstumspfad geben wird. Das Wachstumszeitalter ist zu Ende gegangen, das BIP hat seinen Zenit überschritten.

- Wirtschaftspolitische Versuche (Gipfel, Programme, Initiativen etc.), die »Wachstumsschwäche« zu überwinden, sind bislang erfolglos geblieben und wären im Erfolgsfall mit negativen Nebenwirkungen verbunden.
- Zukunftsorientierte Politik muss auf die Möglichkeit vorbereitet sein, dass das Wachstumszeitalter zu Ende ist. Es sind Problemlösungen gefragt, die auch in einer schrumpfenden Volkswirtschaft funktionieren (Wachstumsunabhängigkeit).
- Ein Rückgang des BIP (der Pro-Kopf-Einkommen) ist nicht gleichbedeutend mit Niedergang. Allerdings ist eine (sozio-kulturelle) Neuorientierung erforderlich, die allenfalls in Ansätzen erkennbar ist (vgl. Abschnitt 5), und es müssen Umfeldbedingungen beachtet werden, die gerade jetzt den »Wohlstand für alle« bedrohen (vgl. Abschnitt 4).
- Genau an dieser Bruchstelle treten nun auch noch erhöhte Anforderungen an die Wirtschaftsleistung auf, die im nächsten Abschnitt betrachtet werden. Die »Zeitenwende« trifft auf radikal veränderte weltwirtschaftliche Bedingungen, zu denen das tradierte deutsche Geschäftsmodell nicht passt.
- Eine aktive Degrowth-Politik, eine »Anti-Wachstumspolitik« (Borchardt 1974), ist weder erforderlich (Begründung vgl. Abschnitt 4), noch wäre sie durchsetzbar – wer würde schon eine Partei wählen, die weniger (Netto-)Einkommen verspricht? Erforderlich ist eine flankierende und ermöglichende Suffizienzpolitik (vgl. Abschnitt 5).

3 Verluste: Friedensdividende, Globalisierungsdividende

Das Ende des Wirtschaftswachstums trifft zusammen mit großen globalen »Verwerfungen«,⁴ einem zunehmend feindseligen Umfeld, das in Krieg und Drohgebärden aller Art mündet (Zölle sind noch das mildeste Mittel). Durch die gravierenden Veränderungen der geostrategischen Lage seit der Pandemie 2020 und dem Beginn des Ukraine-Kriegs 2022 (Zeitenwende 1.0) hat die deutsche Volkswirtschaft erhebliche Mehrkosten zu tragen bzw. leidet unter

4 Auch als »Megathreats« bezeichnet (vgl. dazu Kurz 2024c).

dem Verlust von langjährigen Kostenvorteilen. Weiter verschärft hat sich die Lage durch die Trump-Administration (Zeitenwende 2.0).

Hier wird auf zwei Faktoren eingegangen, während andere nur erwähnt werden können, z.B. die Altersstruktur (mit Auswirkungen auf die Sozialen Sicherungssysteme und auf die Innovationsdynamik) und die Klimakosten-Lawine (bestehend aus fortgesetzter Investition in Reduktion plus Anpassungskosten plus Reparatur-/Schadenskosten). Gemeinsam ist allen, dass sich damit »soziale Kosten« in den Vordergrund drängen, die bislang »externalisiert«, d.h. in die Zukunft verschoben worden sind. Diese Zukunft hat jetzt begonnen. »Wir« sind nicht mehr die Generation(en), die von der Lastverschiebung profitieren, sondern die Generation(en), die Opfer dieser Lastverschiebung werden. Wenn nun der Zahltag angebrochen ist, wirkt sich das als höhere Steuer- und Abgabenlast aus, d.h., der Keil zwischen Brutto- und Netto-Einkommen wird (noch) größer werden: weniger Netto vom Brutto.

Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine ist allgemein klar geworden, dass mit Russland keine Geschäfte mehr gemacht werden durften, d.h., umfassende Sanktionen gegen den Aggressor unverzichtbar waren. Dies kostete die deutsche Volkswirtschaft insbesondere den Zugang zu billigen Energieträgern (Erdgas). Ein zweiter Kostenfaktor resultiert aus der Erkenntnis, dass Deutschland (wieder) wehrfähig sein muss. Als Sofortprogramm wurden 100 Mrd. € für die Nachrüstung der Bundeswehr bereitgestellt (Sondervermögen); zukünftig soll der Wehretat mindestens 3 % des BIP betragen (F. Merz: »whatever it takes«), aus dem regulären Haushalt und kreditfinanziert. Damit sind die Zeiten der »Friedensdividende« vorbei. Also ca. 30 Jahre, in denen aus dem Wehretat mindestens 30 x 20 Mrd. €, also rund 600 Mrd. € freigesetzt und für andere Zwecke verwendet worden sind (allerdings nicht für »Friedenspolitik«). Weitere Kosten entstehen aus der militärischen Unterstützung der Ukraine, aus der Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge und schließlich aus Wiederaufbauhilfen für die Ukraine.

Spätestens mit dem Verhalten Chinas im Ukraine-Krieg ist auch deutlich geworden, dass China nicht nur ein ökonomischer Weltmarkt-Konkurrent ist, sondern ein Feind, der Russland die nötige Rückendeckung gibt und der eigene Expansionspläne im Hinblick auf Taiwan und im Südchinesischen Meer hat. Weil aber die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von China sowohl im Export als auch im Import wesentlich höher ist als die von Russland, erfolgt zunächst nur eine sehr verhaltene Reaktion: Ein »De-Risking«, d.h. eine Diversifizierung, um den Grad der Abhängigkeit schrittweise zu reduzieren. Weil auch die USA und andere Staaten die Abhängigkeit von China reduzie-

ren, ergibt sich insgesamt eine De-Globalisierung und können damit die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung nicht mehr in vollem Umfang ausgenutzt werden (Verlust der »Globalisierungsdividende«). Auch daraus entstehen Mehrkosten, die letztlich die inländischen Konsumenten treffen (sei es durch teurere Solarpanels oder Elektro-Autos). Hinzu kommen die noch unkalkulierbaren Kosten des Protektionismus (Zölle) der Trump-Administration. Seit dem Oktober 2023 belastet ein weiterer Krieg die deutsche Wirtschaft und den Staatshaushalt: Nach dem Angriff der Hamas ist Unterstützung für Israel notwendig, und es besteht die Gefahr der Ausweitung zu einem großen Krieg mit dem Iran. Zudem nehmen die Kosten für die innere Sicherheit zu, um hier jüdisches Leben zu schützen. Ob der Sturz des Assad-Regimes in Syrien zur Befriedung beitragen kann, ist noch nicht absehbar.

Aus einer Welt, die noch 2015 fähig zur Kooperation im Angesicht des Untergangs zu sein schien, ist (wieder) eine Welt geworden, die sich durch Kampf-Strategien ihrer (letzten) Überlebenschancen beraubt. Die Kosten-Lawine, die das deutsche Wirtschaftsmodell besonders hart trifft, ist so massiv, dass eine Verteidigung von »Besitzständen« und staatliche »Rettung« nicht mehr weiter möglich sein werden. Die Verteilungskonflikte werden auch deshalb zunehmen, weil die Produktion umgestellt werden muss auf Kriegswirtschaft (trade-off »butter or guns«). Dabei wird auch deutlich weniger Rücksicht auf ökologische Folgeschäden genommen werden. Unter Kriegsbedingungen geht es um die Mobilisierung des maximal möglichen Ressourceneinsatzes: Wett-Rüsten = Wett-Wachsen = max. Ressourcenausbeutung, denn der Sieg ergibt sich aus Ressourcen x Willenskraft (vgl. Clausewitz 1832). Aus Kostenbelastungen wird ein Niedergang, wenn die Gegenkräfte und innovativen Fähigkeiten nicht wachsen, sondern schwinden, z.B. abnehmende Innovationskraft durch Alterung und Risikoaversion (Bürokratisierung, Besitzstandswahrung) und durch Erodieren der politischen Kultur (Führungsqualität, zivilgesellschaftliches Engagement, Wahlverhalten).

Fazit: Während in der Wachstumswende die ökonomische Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft abnimmt, nehmen zeitgleich die Anforderungen und Ansprüche zu – intern und international. Das wird Einschränkungen des privaten Konsums zur Folge haben. Wenn sich Wohlstand (allein) auf Konsum stützt, wird auch der Wohlstand sinken. In den nächsten Abschnitten wird daher zunächst nach gerechter Lastverteilung gefragt und dann nach Entkopplungsmöglichkeiten gesucht.

4 Verteilungskonflikte: Gerechte Lastverteilung

Weil nicht mehr selbstverständlich von einem größer werdenden Kuchen (BIP real) ausgegangen werden kann, ist mit einer Verschärfung der Verteilungskonflikte zu rechnen. Verschärfend wirken auch die zunehmenden Ansprüche an diesen (kleiner werdenden) Kuchen, insbesondere durch die Krise der Sozialen Sicherungssysteme, die weder »altersfest« noch »wachstumsunabhängig« sind. Die allgemeinen Rettungsversuche, die noch in der Corona-Pandemie für Befriedung gesorgt haben, sind in einer jahrzehntelangen Transformation nicht schmerzfrei finanzierbar. Weniger Einkommen Y und höhere Abgabenlast T zwingen zu weniger Konsum C (bei konstanter Spar- bzw. Konsumquote c):

$$C = c (Y - T)$$

Es wird zu drastischen Einschränkungen kommen, die alle treffen werden – allerdings nicht alle gleich und nicht entsprechend ihrer Tragfähigkeit. Es muss daher eine gerechte Lastenverteilung politisch hergestellt werden, um auch (und gerade) unter den verschlechterten Bedingungen den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern. Die unvermeidbaren Erhöhungen von Steuern und Abgaben müssen zugleich ein Beitrag zur Verteilungsgerechtigkeit sein, indem die oberen Einkommensschichten deutlich stärker belastet werden (z.B. Progressionsgrad der Einkommensteuer, Transformations-Soli). Zudem muss die Vermögens(um)verteilung eine größere Rolle spielen, zum einen was die Besteuerung betrifft, zum anderen aber auch was die Vermögensbildung anbelangt, die über Jahre vernachlässigt worden ist – aber eigentlich ein zentrales Element der Sozialen Marktwirtschaft sein sollte (vgl. Erhard 1957; Röpke 1958). Die Sicherung der Staatseinnahmen ist auch deshalb wichtig, weil eine leistungsfähige staatliche Infrastruktur (von Kita über Hallenbad bis zu Mobilität) bei sinkenden Einkommen eine unverzichtbare Kompensationsfunktion hat. Bildungssystem und Kultursektor müssen erhalten bleiben, um das Aufstiegsversprechen (soziale Mobilität) und um Teilhabe zu verteidigen.

Von zentraler Bedeutung sind in einer nicht-wachsenden Volkswirtschaft die Sozialen Sicherungssysteme, die für alle Versicherten einen erheblichen Vermögenswert darstellen, der ihnen ein gutes Leben sichert – auch unter widrigen Umständen. Allerdings sind diese Systeme bereits heute nicht mehr in einem langfristig tragfähigen Zustand, geschweige denn »wachstumsunabhängig«. Daher ist es jetzt an der Zeit für eine Neuausrichtung, die nicht nur

die wachsende demografische Last, sondern auch die schwindenden Beitragszahlungen berücksichtigt – und entsprechend die noch möglichen Leistungen nach unten anpasst. Es werden »vulnerable Gruppen« zu definieren sein, die schon jetzt an der Armutsgrenze leben und daher ihren Konsum nicht weiter reduzieren können. Der harte Kern einer Reformagenda unter Postwachstumsbedingungen wird also die gerechte Lastverteilung durch (progressive) Steuern und Abgaben einerseits und durch den Zugang zu öffentlichen Gütern (insbesondere Bildung, Gesundheit, Sicherheit, Umweltqualität) andererseits sein; das wirkt »egalisierend«.

Damit ist die (staatliche) Pflicht-Aufgabe skizziert. Die wesentlich anspruchsvollere Kür-Aufgabe besteht darin, bei sinkenden Einkommen andere Wohlstandsquellen in einem Prozess zu entdecken, der nur dezentral von der Zivilgesellschaft, den Bürger*innen in Eigeninitiative geleistet werden kann; der Staat (insbesondere die Kommunen) kann das nur flankieren (z.B. Räume zur Verfügung stellen für ein Repair-Café). Bei der Frage, ob es gelingt neue Weg zu Wohlstand zu finden, wird es auf Initiativen, Projekte, Experimente, Labore etc. ankommen (»Wohlstand erneuern« BMWK 2023; Kurz/Zahrnt 2024).

Von entscheidender Bedeutung wird auch sein, wie die zunehmenden Verteilungskonflikte ausgetragen werden. Das kann zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen mit erheblichen Schäden und Kosten führen. Daher sind für die Konfliktaustragung belastbare Institutionen und Verfahren (z.B. Tarifverhandlungen, Runde Tische, Bürgerbeteiligung, Bürgerräte etc.) entscheidend – bestehende und neue. Das wird zum ultimativen Test für das Gemeinwesen und für die Zukunft der Nation, für die Fähigkeit zur Kooperation – um uns gemeinsam gegen eine zunehmend feindliche Natur und gegen militärische Aggressoren zu verteidigen. Wieviel Einigkeit und Solidarität (noch) in der diversen Multi-Kulti-Gesellschaft stecken (Wir-Gefühl in homogenen Gruppen) ist kaum prognostizierbar. Überall verschaffen sich die spaltenden Kräfte Aufmerksamkeit, die z.B. auf einen dumpfen Nationalismus als identitätsstiftendes Element setzen. Die Spaltung kann schon beim ersten Schritt beginnen:⁵ bei der Ehrlichkeit über die dramatische Lage (»emergency«). Es müssen Kommunikationsformen praktiziert werden, die konstruktive Suchprozesse unterstützen (vgl. Kurz 2021). Und es muss schnell und wahrnehmbar gehandelt werden, faire Regeln definiert und wirksame Maßnahmen

5 Zur »Spaltungsdiagnose« als »Masternarrativ« vgl. auch Mau/Lux/Westheuser (2023).

implementiert werden, weil sonst das Soziale Kapital erodiert. Zum Beispiel: Verbote, die alle gleich treffen (wie ein Tempolimit).

Fazit: Die ungelösten Verteilungskonflikte in der Sozialen Marktwirtschaft werden sich weiter verschärfen. Die internationalen Verpflichtungen aus Krieg, Migration und Ausgleichszahlung (»loss and damages«) werden immer drängender – nicht nur unter dem Aspekt der Verantwortung (der Nord-Staaten), sondern auch wegen Fluchtursachen und wegen Rohstoff-Lieferungen. Zwingend für die Systemstabilität ist eine Suffizienzpolitik, die ausbleibende Einkommenszuwächse teilweise kompensiert (öffentliche Güter, Infrastruktur) und die Interessen und Präferenzen auf die neuen Rahmenbedingungen ausrichtet (Erwartungsmanagement). Alle Maßnahmen müssen insgesamt die Verteilungsgerechtigkeit verbessern und eine Lastverteilung erreichen, die als fair empfunden wird.

5 Ökologische Entlastungseffekte: Suffizienz-Option

Zur Erreichung von Umweltschutzzieleen stehen grundsätzlich zwei strategische Optionen zur Verfügung: Effizienz und Suffizienz. Am Beispiel des Ziels der CO₂-Reduktion: Ausgehend von CO₂ = CO₂ kann geschrieben werden (Komponentenzerlegung):

$$\text{CO}_2 = \text{CO}_2/\text{BIP} \times \text{BIP}$$

Die CO₂-Emissionen ergeben sich aus dem Produktionsvolumen (BIP real) einerseits und der CO₂-Intensität der Produktion CO₂/BIP andererseits.⁶ Letztere kann durch Steigerung der Energie-Effizienz (weniger kWh/BIP) und durch Substitution von fossilen durch CO₂-freie (erneuerbare) Energieträger (weniger CO₂/kWh) bis auf null gesenkt und damit Klimaneutralität bzw. Dekarbonisierung erreicht werden:

$$\text{CO}_2/\text{BIP} = \text{CO}_2/\text{kWh} \times \text{kWh}/\text{BIP}$$

6 In einem weiteren Schritt kann noch die Einwohnerzahl bzw. das Bevölkerungswachstum eingeführt werden und man erhält die viel zitierte Kaya-Identity bzw. IPAT-Gleichung: CO₂ = CO₂/BIP × BIP/Einwohner × Einwohner Dabei steht BIP/Einwohner für das (sinkende) Pro-Kopf-Einkommen, das vielfach als Wohlstandsindikator verwendet wird.

Wenn das BIP weiter wächst, wird diese Wirkung (teilweise) konterkariert. Verstärkt werden kann die Wirkung, wenn das BIP nicht wächst, sondern konstant bleibt oder sinkt. Weniger Einkommen und damit (bei konstanter Konsumquote) auch weniger Konsum ist die zweite strategische Option zur Erreichung von gesellschaftlich definierten Nachhaltigkeits- bzw. Reduktionszielen. Sie wird als Suffizienz-Option bezeichnet und ist mit der Frage verbunden, wieviel Einkommen und Konsum »genug« ist, genug für ein gutes Leben. Wie kann das Wohlstandsniveau gehalten werden, auch wenn das Einkommen sinkt? Diese Frage stellt sich in Deutschland; sie stellt sich nicht in Ländern, in denen die Menschen in (absoluter) Armut leben und sicherlich nicht für die Millionen, die hungern.⁷

Lange Zeit und noch bis heute war die Diskussion um ökologische Ziele beherrscht vom Narrativ der Versöhnung, die »Versöhnung« von Wachstum und Umwelt-/Klimaschutz durch Entkoppelung. Es sei möglich, beides zugleich zu haben: die weitere Vermehrung von Produktion und Konsum und die Reduzierung der Umweltbelastungen (»Entkoppelung«). Dazu müsse allerdings der technische Fortschritt beschleunigt werden. Diese Green-Growth-Erzählung hatte eine unverzichtbare politische Funktion: Sie nahm ökologischen Zielen und Beschränkungen ihren Schrecken. »Technofix« ohne Zumutungen, ohne Verzicht und ohne Verhaltensänderung (z. B. einfach nur ein anderer, »elektrischer« Antriebsstrang), das war für die Wirtschaft machbar und für viele Bürger*innen »wählbar« – und verschaffte den Grünen z. B. in der Bundestagswahl 2021 einen großen Stimmenanteil.

Tatsächlich ist in Deutschland in vielen umweltrelevanten Bereichen Entkoppelung gelungen – meist sogar absolute Entkoppelung, d. h. mit einem absoluten Rückgang der Belastungen. Die Entkoppelung findet statt und leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Erreichung von Nachhaltigkeitszielen, nicht nur bei der Dekarbonisierung, sondern auch beim Artenschutz, weil die Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche (Flächenversiegelung) gebremst werden konnte: Während Anfang der 1990-er noch 120 ha täglich notwendig waren, sind es heute nur noch 69 ha/Tag – bei einer Zunahme des BIP (real) um über 40 %; daraus ergibt sich eine Effizienzsteigerungsrate von $2,8\% + 1,2\% = 4\%$ pro Jahr. Bis 2030 soll ein Rückgang auf 30 ha/Tag erreicht werden (vgl. Bundesregierung 2021). Dazu wäre – bei konstantem BIP (also ohne Wachstum) – eine Reduktion um 4,3 % p.a. erforderlich. Die Fortsetzung des

7 Das UN SDG 2 »Zero Hunger« erscheint nicht mehr erreichbar in den verbleibenden Jahren bis 2030.

bisherigen Rückgangs würde dafür ausreichen. Auf dem weiteren Weg zu Netto-Null-Versiegelung bis 2045/50 ist dann aber ein deutlich höhere jährliche Reduktionsrate erforderlich (Größenordnung 12 %).

Bei den Stoffströmen ist die absolute Entkoppelung bislang nicht gelungen, d.h. keine Reduzierung des Rohstoffverbrauchs. Die Gesamtrohstoffproduktivität steigt um etwa 1,5 % p.a. und wird damit durch das Wirtschaftswachstum aufgezehrt (vgl. Bundesregierung 2021). Für eine Halbierung der Stoffströme innerhalb der nächsten beiden (Transformations-)Jahrzehnte wäre eine Reduktionsrate von mehr als 3 % erforderlich; damit wäre auch eine Reduzierung der Stoffströme um 80–90 % bis 2050 erreichbar (Basis 1990). Es muss(ten) also signifikante Verbesserungen (Verdoppelung) durch Effizienz und Kreislaufwirtschaft erzielt werden. Wenn Wirtschaftswachstum hinzukommt, muss die Entkoppelungsleistung entsprechend höher sein. Sollte das BIP schrumpfen, könnte man bei gegebener Effizienzsteigerungsraten den Zielen wesentlich näherkommen.

Im Mittelpunkt der Versöhnungs- und Entkoppelungsdiskussion steht nach wie vor der Klimaschutz. Dabei ist es nicht strittig, dass hier die (absolute) Entkoppelung stattfindet. Ökologisch entscheidend ist aber das Tempo der Emissionsreduzierung: Aus der Entwicklung der letzten Jahrzehnte (1990–2025) ergibt sich eine Dekarbonisierungsrate von 2 % p.a. Würde man in diesem Tempo fortfahren, blieben statt der angestrebten 50 Mio. t in 2045 noch 400 Mio. t, also eine Lücke (»gap«) von ca. 350 Mio. t. Wollte man von 674 Mio. t (2023) auf eine Restemission von 50 Mio. t (2045) kommen, wäre in den nächsten 20 Jahren eine Dekarbonisierungsrate von mehr als 10 % p.a. erforderlich. In absoluten Zahlen: In Deutschland müssten die CO₂-Emissionen in den nächsten Jahren jeweils um 60–70 Mio. t reduziert werden. Die 20–30 Mio. t Schritte der vergangenen Jahre reichen also nicht. Bis zum Zwischenziel 2030 kann – bei linearer Reduktion – auch so gerechnet werden: $674 - 322 = 342/7 \text{ Jahre} = 48,85 = \text{ca. } 50 \text{ Mio. t p.a.}$ Das galt bislang als unerreichbar. Nur im (Corona-)Krisenjahr 2020 wurde eine solche Reduktion erreicht (65 Mio. t). Diese Reduktion ist im (Rezessions-)Jahr 2023 noch deutlich übertroffen worden: Die Reduktionsmenge lag bei 76 Mio. t, die Reduktionsrate bei 10 %. Das müsste sich nun fortsetzen: Wenn der Rückgang der CO₂-Intensität der Jahre 2020 bzw. 2023 bei ca. 10 % p.a. gehalten werden könnte, würden die Klimaziele erreicht. Das wäre dann sogar mit der erwarteten BIP-Wachstumsrate von ca. 1 % p.a. möglich. Die entscheidende Frage ist, ob und wie eine Reduktionsrate in der Größenordnung von 10 % p.a. über die

nächsten Jahre sichergestellt werden kann.⁸ Das ist zwar nicht vollkommen unmöglich, hat aber eine solch geringe Wahrscheinlichkeit, dass dieser Fall nicht zur Grundlage der Klimapolitik gemacht werden kann. Vielmehr muss davon ausgegangen werden, dass sich 2045 erhebliche Zielverfehlungen ergeben werden (vgl. ERK 2024) und bis dahin das deutsche Klimabudget ganz erheblich überzogen worden sein wird – was ggf. zu Ausgleichszahlungen innerhalb der EU und an Länder des Globalen Südens führen wird.

Global gesehen ist das auch die des Weltklimarats (IPCC): Mit der Effizienz-/Dekarbonisierungsoption allein ist Klimaneutralität bis 2050 (global) nicht erreichbar. Daher müssen (zwei) weitere Optionen mobilisiert werden:⁹

- Demand-Side, d.h. die Nachfrage nach Energie, die sich aus dem Produktions- und Konsumvolumen ergibt. Allerdings ist diese Option in armen Weltregionen nicht anwendbar. In reichen Ländern dagegen ergibt sich daraus die Diskussion um Degrowth und um Suffizienz.
- Statt Reduktion wird CO₂ wie ein Schadstoff »end-of-pipe« eingefangen (»capture«) und wie anderer Müll auch deponiert (»storage«). Dazu muss das CO₂ entweder in fossilen Prozessen abgeschieden werden (Carbon Capture and Storage CCS) oder direkt der Luft entzogen werden (Direct Air Capture DAC). Das sind energie-intensive Verfahren und die Depositionierung ist mit unkontrollierbaren Risiken verbunden (vgl. dazu Kurz/Spangenberg/Zahrnt 2024).

Trotz der unkalkulierbaren Risiken, der energetischen Ineffizienz und der hohen ökonomischen Kosten, setzt sich die CCS-Option immer mehr durch – auch in Deutschland. Hier wird vom Bundeswirtschaftsministerium und anderen Verfechtern betont, dass es nur um die 2045 und darüber hinaus »unvermeidbaren Rest-Emissionen« gehe, also um ca. 50 Mio. t (in der EU um insges. 550 Mio. t) – und damit nicht generell das fossile Zeitalter verlängert werden solle. Faktisch wird sich aufgrund der hohen Vorlauf-Investitionen (Anlagen,

8 Bis 2045, also innerhalb von 22 Jahren, müsste die Emissionsmenge von 674 (2023) auf max. 50 Mio. t p.a. zurück gehen – was nur mit der Reduktionsrate von 10 % p.a. gelingen würde.

9 Oder man gibt (ambitionierte) Klimaziele auf, verschiebt sie auf dem Zeitstrahl in Richtung Zukunft (nach 2050 oder 2060) – und überzieht damit (noch mehr) das Klimabudget. Auch das ist nun eine relevante Position in der politischen Diskussion, in der Klimaschutz an Priorität und Unterstützung verloren hat.

Pipeline-Netz, Deponien) aber eine ökonomische Dynamik entwickeln (Kostendegression), die politisch kaum noch zu stoppen sein wird. Es vollzieht sich daher eine entscheidende klimapolitische Weichenstellung: Technofix vs. Suffizienz, Symptom- vs. Ursachentherapie, Verantwortung vs. Lastverschiebung in die Zukunft (intergenerative Gerechtigkeit).¹⁰

Die Weichenstellung ist also weit fortgeschritten, am Hebel sitzen die CCS-Industrie-Vertreter, die zunächst hohe staatliche Subventionen für den Bau der »Infrastruktur« einwerben und dann im Betrieb (ohne Haftung) eine Lizenz zum Gelddrucken haben. Es fügt sich auch perfekt in die Erzählung vom »Grünen Wachstum«. Der Anlagenbau ist ein großes (globales) Beschäftigungsprogramm – d.h. Mehr-Arbeit statt Mehr-Muße, eine Extra-Runde im Hamsterrad. Green Growth ist nicht auf Senkung, sondern auf BIP-Steigerung angelegt. Es entsteht ein (ökonomisch gewollter) Rebound-/Wachstums-Effekt. Die Mehr-Produktion frisst die Effizienz-Steigerungen auf. Dagegen ist die Suffizienz-Option nach wie vor das Spielfeld zivilgesellschaftlicher Akteure, die mit ihren Projekten, Initiativen, Laboren etc. auch an Einfluss gewinnen – aber den globalen Megatrend nicht aufhalten können.

Weiterhin verdrängt wird, dass nachhaltige Entwicklung und ein Leben in planetaren Grenzen bei einer großen Weltbevölkerung (»full world«) im Kern kein technologisches Problem ist – Technologie hilft nur immer wieder, Zeit zu gewinnen und akute Probleme zu verschieben. Im Kern geht es aber um das Suffizienz-Problem: Wie viele Menschen mit welchem Lebensstil verkraftet der Planet? In den reichen Ländern ist zumindest das Bevölkerungswachstum einem Schrumpfungstrend gewichen – in der EU, aber auch in China. Für die Reichen, vor allem in diesen Ländern, stellt sich weiterhin und verstärkt die Frage des Fußabdrucks, des Umwelt- und Ressourcenverbrauchs pro Kopf. Am Beispiel der CO₂-Emissionen, des Klimabudgets und des Umweltraums ist das diskutiert und letztlich (in Verträgen und Gesetzen) festgeschrieben worden (z.B. Paris Agreement 2015). Nachhaltige Entwicklung ist nicht nur ein Ingenieurs-Projekt, sondern primär ein Kulturprojekt. Lebenssinn und -zufrie-

10 Tatsächlich ist CCS eine industriepolitische Neuauflage der Atomenergie-Etablierung in den 50er und 60er Jahren durch staatliche Subventionierung und Privilegierung (Haftung). Es wird eklatant gegen das ökonomische Prinzip verstoßen, interessens-getrieben ein Irrweg eingeschlagen, der sich als eine riesige Fehlinvestition erweisen wird. So wird der Eindruck erzeugt und verfestigt, nachhaltige Entwicklung sei ein ingenieurtechnisches Problem und durch einen gewaltigen Technologie-/Modernisierungsschub lösbar – alle notwendigen Technologien seien schon bekannt und es gelte nur, die Implementierungshemmnisse schneller zu überwinden.

denheit können nicht aus Technologie abgeleitet und gewonnen werden. Aber nirgendwo ist in der Diskussion und in der gesellschaftlichen Praxis der (imperialen) Lebensstile ein Durchbruch erzielt worden. Noch immer ist aus einer Vielzahl von (vorbildlichen) Einzelprojekten/-initiativen keine öko-soziale Innovationswelle geworden.

Es gibt das Gegengewicht durch individuelle und zivilgesellschaftlich geschaffene »Fluchten« und »Nischen«. Die sind gesellschaftlich wichtig für die Resilienz des Systems: Zufriedenheit (Glück, Happiness) auch wenn die Einkommen nicht weiter wachsen, durch Suffizienz (Subsistenz, Subsidiarität). Das begründet auch staatliche Unterstützung (Subventionen), weil damit gesellschaftlich relevante ökologische Entlastungseffekte verbunden sind und ins Soziale Kapital (Zusammenhalt) investiert wird (positive externe Effekte). Für Suffizienz gibt es keine schlagkräftige Industrie-Lobby. Der Anstoß und die Verstärkung der Suffizienz-Diskussion werden nicht aus der technikdominierten Umweltschutz-Industrie und -Politik kommen. So wie es zunächst notwendig schien, den Energieverbrauch zu senken – nun aber Sonne und Wind den Engpass (umweltverträglich) auflösen und eine Elektrifizierungswelle rollt. Als neues Speicher-/Transportmedium bietet sich Wasserstoff an. Und auch für die »Rest-Emissionen« scheint eine technologische Lösung gefunden (CCS).

Die Suffizienz-Diskussion und ihre Intensivierung basieren einerseits auf der Einschätzung bzw. Befürchtung, dass es die Effizienz-Revolution allein nicht richten wird, und andererseits auf der dezidierten Ablehnung der Implementierung einer weiteren Risiko-Technologie mit neuen Deponien (Altlasten), wie es mit der CCS-DAC-Technologie vorbereitet wird. Mit dieser wohlbegründeten Skepsis gegen technologische Versprechungen (Technofix) ist es zwingend, dass aus der nun über viele Jahrzehnte geführten Suffizienz-Diskussion auch messbare Umweltentlastungen generiert werden – betrieben durch individuelle Verantwortung und zunehmend auch durch ökonomische Zwänge.

6 Politische Handlungsoptionen: Elemente einer Wohlstandspolitik

Die folgenden (wirtschafts-)politischen Überlegungen beruhen auf zwei Grundlagen, die in den vorigen Abschnitten dargelegt worden sind:

- a) Was wird aus dem Wirtschaftswachstum? Es wird davon ausgegangen, dass es auf absehbare Zeit kein Wirtschaftswachstum geben wird, sondern eher mit einem Rückgang des BIP zu rechnen ist.
- b) Was wird ohne das Wirtschaftswachstum? Die wachstumslose Gesellschaft muss Wachstumsunabhängigkeit lernen. Wohlstand speist sich aus vielen Quellen, die das sinkende Einkommen kompensieren können – u.a. aus einer Verbesserung der Umweltqualität.

Diesen zweiten Punkt gilt es im Folgenden zu vertiefen: Was kann getan werden, damit der Wohlstand erhalten bleibt? Damit werden einige Bausteine einer Agenda skizziert, die den Blick abwendet vom BIP und Entwicklungsmöglichkeiten (Ermöglichung) in den Vordergrund rückt (vgl. dazu auch Schneidewind/Zahrnt 2013):

1. Die Herausforderung(en) und Bedrohungen (Megathreats) begreifen und vermitteln: Die Dimension der »Zeitenwende« begreifen und im öffentlichen Bewusstsein verankern, ist eine Kommunikationsaufgabe (Information und Aufklärung), an der alle mitwirken müssen, die über Vertrauenskapital verfügen (z.B. auch Wissenschaft, Künstler, Kirchen). Vermittelt werden muss die radikale Veränderung der (geopolitischen, ökologischen etc.) Bedingungen einerseits – und andererseits die Unmöglichkeit, das alles (Polykrise) allein durch »Technofix« (inklusive KI) zu lösen. Schmerzfreies Green Growth, Nachhaltigkeit allein durch Effizienz/Substitution; von der (Elektro-)Mobilität bis zur Wohnfläche. Der Fortschritt der Menschheit speist sich nicht aus KI, sondern aus HI, »human intelligence«. Die Transformation betrifft nicht nur die Wirtschaftsstruktur, sondern auch die »mentale Infrastruktur«, die Veränderung von Konsumgewohnheiten und Lebensstilen – ist also im Kern ein umfassender Kulturwandel (gesellschaftliche Innovation).
2. Das Suffizienz-Thema wird stärker (vgl. Kurz/Zahrnt 2024): Neue Lebensstile und Wohlstands-Modelle stehen auf zwei Beinen. Sie umfassen die Entscheidung über die Verwendung des Zeitbudgets (Work-Life-Balance) und über die Verwendung des Einkommens, über anders und weniger konsumieren. Konsumverzicht (Sparen) ist dabei kein neues Phänomen, sondern eine notwendige Voraussetzung für gutes Leben auch morgen noch. Verzichtseleistungen gehören zum Leben und beginnen schon im Kindesalter. Sie sind Ausdruck von (rationaler) Risikoaversion und von Gegenwartspräferenzen. Eine (imperiale) Lebensweise etabliert sich dann,

wenn Markt-Macht-Verhältnisse es zulassen und fördern (insbes. Preisrelationen, Institutionen und Eigentumsverhältnisse). Suffizienzpolitik muss das beenden, indem sie Alternativen zugänglich und attraktiv macht. Die Änderung von Ernährungs-, Mobilitäts- und sonstigen Gewohnheiten verläuft langsam, weil diese an (mentale) Infrastrukturen und an Peer-Groups orientiert sind.

3. Ziele und Zielkonflikte: Verschiebungen im gesellschaftlichen Zielsystem: Klimaschutz ist auf der Prioritätenliste zurückgefallen. Auf Platz 1 der politischen Agenda sehen die Wähler*innen jetzt (Wirtschafts-)Sicherheit und Migration (als Bedrohung der Identität und als Kostenfaktor). Immer neue Katastrophen-Ereignisse rufen allerdings den Stellenwert von Klimaschutz schmerzhaft in Erinnerung. Dennoch werden Zielkonflikte jetzt wieder eher gegen ambitionierten Klimaschutz entschieden, der als Wachstumshemmnis gesehen wird. In Deutschland wird über die Verschiebung des Ziels der Klimaneutralität um 5 Jahre diskutiert («EU-einheitlich» 2050); in den USA wird von der Trump-Administration der Rückzug aus dem Pariser Abkommen vorbereitet und auf die Entfesselung der Öl- und Gas-Industrie gesetzt.
4. Kommunikation und Akzeptanz: Zielkonflikte nicht verdrängen bzw. schönreden, »inconvenient truth« zur Kenntnis nehmen und kommunizieren (vgl. dazu Kurz 2021): Innerhalb der politisch festgelegten Zeiträume für Dekarbonisierung gibt es keine »Versöhnung« von Klimaschutz und Wachstum – dafür ist die Entkoppelung zu schwach. Es muss politisch entschieden werden, wieviel Klimaschutz (CO₂-Reduzierung) notwendig und politisch durchsetzbar erscheint – auch wenn damit Wachstums-einbußen hinzunehmen sind. Es gibt kein »Green Growth«. Es ist aber auch keine aktive Degrowth-Politik erforderlich. Am Beispiel Deutschland ist zu sehen, dass die Wachstumsdynamik ohnehin nachlässt – und sich daraus ökologische Entlastungseffekte ergeben.¹¹ Im ökologischen Strukturwandel (Transformation) ist es nicht möglich, alle (gut bezahlten Industrie-)Arbeitsplätze zu erhalten; der Kohleausstieg und seine Kosten (40 Mrd. € für 20.000 Arbeitsplätze) ist nicht generalisierbar, wenn es z.B. um den Rückbau der Autoindustrie geht (mit 800.000 Arbeitsplätzen).

11 Randers (2012) hat die ökologisch entlastende Wirkung von nachlassender Wachstumsdynamik im globalen Maßstab dargelegt. Vereinfachend: BIP = BIP/Erwerbstätige x Erwerbstätige, d.h. er erwartet, dass sowohl die Arbeitsproduktivität als auch die Erwerbstätigenzahl langsamer wachsen wird als in der Vergangenheit.

Industriepolitik z.B. für Grünen Stahl oder für die Ansiedlung von Zukunftsindustrien (Batterie-, Chip- etc.-Fabriken) erweist sich als extrem fehleranfällig und teuer. Der fortbestehende Fachkräftemangel darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Arbeitslosigkeit zunimmt und dass daher der Widerstand gegen (ökologischen) Strukturwandel zunehmen wird.

5. Abschied nehmen von der BIP-Fixierung: Das war so einfach und über Jahrzehnte hatte sich die Konvention entwickelt, dass die Wachstumsrate des BIP (real) – sogar minimale Veränderungen in den Quartalswerten – von schicksalhafter Bedeutung sei: »Ohne Wachstum ist alles nichts« (Merkel 2003). Nun steht diese magische Zahl in komprimierter Form für das Steigerungs- und Fortschrittsversprechen unserer freiheitlichen Ordnung mit der Botschaft: Wachstum schafft eine stetig zunehmende Güterversorgung und damit Konsummöglichkeiten – und das ist die Grundlage und der harte Kern des Wohlstands. Wenn diese Zahl negativ wird, dann gehen nicht nur die ökonomischen Warnlampen an, sondern auch die politischen. Dann muss auch mit gesellschaftlichen Verwerfungen gerechnet werden. Das ist falscher Alarm aufgrund von Fehlmessung (»mismeasuring«). Das muss sich ändern, indem andere, zusätzliche Indikatoren verwendet werden (vgl. BMWK 2023). Diese ergeben sich aus einer breit angelegten Wohlstandspolitik (deren Performance es zu messen gilt):

$$W = W(\text{BIP}, X)$$

X steht für die vielen Faktoren, die Wohlstand und Zufriedenheit (Glück) bestimmen. Dazu gibt es eine umfangreiche, interdisziplinär angelegte Forschung (vgl. z.B. Frey 2008), deren Ergebnis noch zu wenig politische Wirkung entfalten.

6. Die Staatsaktivität muss sich ändern. Der Staat darf zwar nicht als der »Macher« des Übergangs von der eindimensionalen Wachstumspolitik zur Wohlstandspolitik begriffen werden, aber es kommen neue Aufgaben auf ihn zu.¹² Damit das nicht zu einer Überforderung führt (»Staatsversagen«), muss auch nach Entlastungen für den Staat gesucht werden. Das

12 Eine andere Richtung wird mit »Experimenten« wie in Argentinien (Milei) und in den USA (Trump) eingeschlagen: die Staatsaktivität radikal auf die Minimalfunktion von innerer und äußerer Sicherheit reduzieren (»Nachwächterstaat«).

ist die permanente Anpassungs- und Modernisierungsaufgabe.¹³ Keine Staatsaufgabe ist es, eine bestimmte Wachstumsrate herzustellen (vgl. Erhard 1957: 230). Wesentlich und »systemrelevant« sind dagegen:

- Allokationsfunktion, die mehr ist als effiziente Allokation (Korrektur von Marktversagen, Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur) und zur Innovationsfunktion wird, die nicht nur Technologien (Industriepolitik) umfasst, sondern auch auf gesellschaftliche Innovation (zivilgesellschaftlicher Projekte, Initiativen) gerichtet sein muss.
- Distributionsfunktion, die nicht nur auf eine gerechte intra-generative Lastverteilung ausgerichtet ist, sondern auch auf eine intergenerative (Lastverschiebung auf zukünftige Generationen).
- Stabilisierungs- und Sicherheitsfunktion, die nicht nur (keynesianisch geprägte) Rezessionsbekämpfung und Vollbeschäftigung umfasst, sondern die Stabilität der sozialen Sicherungssysteme insgesamt.

Als Querschnittsaufgabe über alle Funktionen hinweg muss der zukunftsorientierte Staat den gesellschaftlichen Kulturwandel (jenseits von Angebot und Nachfrage) befördern, der auf Suffizienz und Lebensstiländerungen gerichtet ist. Die Impulse müssen primär aus der Zivilgesellschaft kommen. Infrastrukturen, Anreizsysteme und Sicherheitsnetze können aber einen wesentlichen Unterschied für die Entfaltung der Suffizienz-Option und die Neuausrichtung des Wohlstands machen. Mit den Aufgaben nimmt der Finanzierungsbedarf zu. Konkret wird über zusätzliche 50–60 Mrd. € p.a. diskutiert – und dafür eine Kreditfinanzierung vorgeschlagen, die eine Verfassungsänderung verlangen würde (vgl. dazu Kurz 2024a). Für eine Verfassungsänderung gibt es allerdings keine zwingenden Gründe, denn die Finanzierung ließe sich auch mit der Schuldenbremse realisieren, z.B. durch folgenden Drittel-Mix: Subventionsabbau (ökologisch schädliche Subventionen) + Netto-Kreditaufnahme (verfassungskonform 0,35 % des BIP, also ca. 15 Mrd. € p.a.) + Steuererhöhungen (die zugleich der Distributionsfunktion dienen). In Summe können so über 20 Jahre 1.000 Mrd. € mobilisiert werden (50 Mrd. € p.a. x 20 Jahre). Politisch durchgesetzt hat sich aber eine Schuldenfinanzierung von 500 Mrd. € für »zusätzliche« Infrastruktur-Projekte.

13 Vgl. dazu auch Mazzucato (2013; 2021), die einen »Entrepreneurial State« skizziert, der »mission«-orientiert arbeitet.

7. Bedrohungen der Demokratie abwenden: Die Schlüsselfrage lautet: »Ist Demokratie noch möglich, wenn rasches, permanentes Wirtschaftswachstum ausbleibt?« (Becker/Dörre 2018: 1). Wenn die Entkoppelung und die Erhaltung des Wohlstands gelingt, wird Wachstum irrelevant und ergibt sich keine Bedrohung für die Demokratie. Ob die Demokratie einen allgemeinen Wohlstandsrückgang überstehen würde, ist fraglich. Es muss stets mit dem Auftreten von Kräften gerechnet werden, die Frustrationslücken in systemzerstörende Munition verwandeln. Daher ist diese Entkoppelung so entscheidend – und so schwer. Durch höhere Verschuldung können »Zumutungen« noch eine Weile von den Wähler*innen ferngehalten werden.

In Summe: Es gibt keine Silver Bullet, keinen Hebel, den »man« einfach umlegen müsste – und es liegt schon gar kein neues System fertig im Regal des Wissenschaftsladens. Vieles klingt nach Zumutung, aber es darf auch auf positive Überraschungen gehofft werden, auf eine Eigendynamik, die sich aus der konkreten Arbeit an einem neuen (»rettenden«) Kulturentwurf ergibt, inspiriert und beflügelt durch die Kunst in ihrer schöpferischen Vielfalt.

7 Perspektiven: Wohlstand in einer Öko-Sozialen Marktwirtschaft

Ob das Wachstumszeitalter für Deutschland (u.a.) vorbei ist, kann niemand mit Sicherheit wissen. Die Indizien verdichten sich allerdings. Die empirische Analyse der Bestimmungsfaktoren lässt Wachstumsraten erwarten, die nur noch wenig über null liegen. Schon leichte Veränderungen in den Annahmen (z.B. über Zuwanderung) führen zu einem Schrumpfungsszenario. Dass das Wachstumszeitalter für Deutschland nicht vorbei ist, kann auch niemand mit Sicherheit wissen. Aber auch Wachstumsoptimisten sollten (sich) daher die Frage stellen, welche Auswirkungen das dauerhafte Ausbleiben von Wachstum haben würde – und welche (Katastrophen-)Vorsorge ggf. noch getroffen werden könnte (Plan B).

Aus diesen Grundgedanken speisen sich die Überlegungen, die hier angestellt worden sind. Festzuhalten bleibt, dass

- a) das Wachstumsende eine ökologische Chance ist, da es bei allen ökologischen Zielen eine Entlastung bringt;

- b) es Wirtschaft und Gesellschaft unvorbereitet trifft – trotz der intensiven Diskussion seit 1972. Die Wachstumserwartungen sind ungebrochen, ihre Enttäuschung daher systemgefährdend.

Das Wachstumsende könnte als Systemversagen und als Politikversagen interpretiert und politisch (aus)genutzt werden. Dem kann und muss mit Analysen der Ursachen begegnet werden (»ausgewachsen« s.o.). Viel wichtiger ist aber, das obsolete Wachstumsversprechen durch eine neue Vision zu ersetzen. Dazu ist kein vollständiger »Neustart« (»reset«, »system change«) erforderlich, sondern es kann angeknüpft werden an Ideen, die das expansive Zeitalter von Anfang an begleitet haben – von Mill (1848) über Keynes (1930) bis zu Erhard (1957). Für die »Zukunft unserer Enkelkinder« (Keynes 1930) trifft Erhards »Wohlstand für alle« noch immer den Kern. Diese Vision muss befreit werden von der Gleichsetzung von Wohlstand mit (BIP-)Wachstum. Und »für alle« muss heute im globalen Maßstab interpretiert werden und auch zukünftige Generation einbeziehen – also eine internationale und eine intergenerative Dimension haben.

Die sozio-ökonomische Herausforderung ist es, nach Jahrzehnten der selbstverständlichen Gleichsetzung nun die Entkoppelung von Wachstum und Wohlstand zu vollziehen und Wachstumsunabhängigkeit anzustreben. Das betrifft das wirtschaftswissenschaftliche Monopol des Wachstumsparadigmas (vgl. Kurz 2020). Es verlangt individuelle Lernprozesse, Erwartungen müssen neu justiert werden. Und es verlangt Veränderungen von Institutionen und Rahmenbedingungen, eine Suffizienzpolitik, »damit gutes Leben einfacher wird« (Schneidewind/Zahrnt 2013). Freie, kreative Menschen in einer lebendigen Demokratie haben diese Gestaltungskraft. Der Machtkampf gegen kurzfristige Lobby-Interessen kann aber auch verloren gehen. Die »ordnenden Potenzen« (Eucken 1952) sind permanent gefordert. Das gilt besonders für eine Phase, die als Zeitenwende, als Übergang in eine neue Epoche gelten kann. All die abwegigen Gestaltungsversuche, die Eucken und andere Ordoliberalen beschrieben haben, treten hier wieder auf und gefährden die Entwicklung eines systemadäquaten Ordnungsrahmens, der die Einhaltung der sozialen und ökologischen Grenzen sicherstellt. Vom wirksamen Einsatz der ordnenden Potenzen wird es abhängen, ob und wohin Deutschland treibt und ob es gelingt, im Strom der Megatrends (marginalen) gestaltenden Einfluss zu nehmen – für die Vision ein gutes Leben, selbstbestimmt und in Freiheit zu erhalten (»pursuit of happiness«).

Sinkende Einkommen sind nicht Ausdruck des Verlusts der Wohlstands-Perspektive und signalisieren nicht den Verlust der Fortschrittsdynamik. Wettbewerb und Innovation bleiben die Kernprozesse des Systems (vgl. Schumpeter 1942). Aber Wohlstand muss ganzheitlich erfasst werden, insbesondere auch die Komponenten, die vielfach als selbstverständlich vorausgesetzt und nicht mitgerechnet werden: öffentliche Sicherheit und Ordnung; ein gut bezahlter und sicherer Arbeitsplatz; bezahlbares Wohnen/Essen/Kleidung; Freizeit und Urlaub; Ansprüche aus den sozialen Sicherungssystemen (Rente, Pflege, Krankheit, Arbeitslosigkeit) als Vermögenswerte; eine intakte, gesunde Umwelt (Luft, Wasser). Zu den (staatlichen) Institutionen hinzukommen muss das Sozialkapital, auf dessen Bildung und Erhaltung der Staat wenig Einfluss hat. Einbindung und Zusammenhalt in Familie, Nachbarschaft, Vereinen etc. wirken sinnstiftend und wohlstandssteigernd. Hier können sich auch Suffizienz-Lösungen entwickeln und entfalten. Es geht um die individuelle Erfahrung der »Selbstwirksamkeit« und der jederzeit möglichen Verhaltensänderungen. Hinzu kommen Kooperation (»social inclusion«) und Einbettung in Peer-Groups als Beschleuniger. Aus Wachstumsschwäche ergibt sich nicht zwingend die Notwendigkeit einer verstärkten Wachstumspolitik. Wachstum ist nicht unabdingbar für den Wohlstand. Aber: Ohne Wachstum muss die Wohlstandsperspektive neu definiert, vermessen, gefördert und gelebt werden. Das ist die große gesellschaftliche Herausforderung der nächsten beiden Transformationsjahrzehnte. Es ist auch eine neue Staatsaufgabe und Teil der Ordnungsfunktion, die auf Erhaltung einer offenen Gesellschaft und Stärkung ihrer Abwehrkräfte (Resilienz) gerichtet ist und auch unter widrigen Bedingungen Kurs hält.

Literatur

- Becker, Karina/Dörre, Klaus (2018): Editorial: Demokratie ohne Wachstum? in: Berliner Journal für Soziologie 28, S. 1–8, <https://doi.org/10.1007/s11609-018-0369-3> ; letzter Abruf 07.05.2025
- Borchardt, Knut (1974): Dreht sich die Geschichte um? Modelle für Wachstums-schranken, Ebenhausen bei München.
- BMWK (Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz) (2023): Jahres-wirtschaftsbericht 2023: Wohlstand erneuern, Berlin. <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/jahreswirtschaftsbericht-2023.html> ; letzter Abruf 07.05.2025

- Bundesregierung (2021): Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Weiterentwicklung 2021, Berlin. <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975274/1873516/9d73d857a3f7f0f8df5ac1b4c349fa07/2021-03-10-dns-2021-finale-langfassung-barrierefrei-data.pdf?download=1> ; letzter Abruf 07.05.2025
- Clausewitz, Carl von (1832/1980): Vom Kriege. Auswahl (Hg.) Ulrich Marwedel, Stuttgart.
- EEA – European Environment Agency (2023): European Climate Risk Assessment (EUCRA), EEA/PUBL/2023/025, Luxembourg. <https://www.eea.europa.eu/publications/european-climate-risk-assessment> ; letzter Abruf 07.05.2025
- EEA – European Environment Agency (2024): Trends and Projections in Europe 2024, Luxembourg. <https://www.eea.europa.eu/en/analysis/publications/trends-and-projections-in-europe-2024> ; letzter Abruf 07.05.2025
- Erhard, Ludwig (1957): Wohlstand für alle, Düsseldorf/Wien.
- ERK – Expertenrat für Klimafragen (2024): Gutachten zur Prüfung der Treibhausgas-Projektionsdaten 2024, Berlin. <https://www.expertenrat-klima.de> ; letzter Abruf 07.05.2025
- Eucken, Walter (1952): Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 6. Aufl. 1990, Tübingen.
- Frey, Bruno (2008): Happiness. A Revolution in Economics, Cambridge, MA/London.
- Grimm, Veronika/Sölch, Christian/Wirth, Johannes (2024): Wachstum und Klimaschutz vereinen, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin. <https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/wachstum-und-klimaschutz-vereinen> ; letzter Abruf 07.05.2025
- Grimm, Veronika/Kroeger, Thilo/Ochsner, Christian (2024): Wege aus der Wachstumsschwäche, in: Wirtschaftsdienst, 104. Jg., Heft 3, S. 180–186. <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2024/heft/3/beitrag/wege-aus-der-wachstumsschwaeche.html> ; letzter Abruf 28.05.2025
- Keynes, John Maynard (1930/1963): Economic Possibilities for Our Grandchildren, in: Essays in Persuasion, New York, S. 358–373.
- Kurz, Rudi (1996): Innovationen für eine zukunftsfähige Entwicklung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B7/96, 9. Februar 1996, S. 14–22.
- Kurz, Rudi (2020): Die Dominanz des Wachstumsparadigmas in der Wirtschaftswissenschaft – ungebrochen? <https://www.postwachstum.de/was-lernen-wir-aus-35-jahren-wachstumsdebatte-i-20201104> ; letzter Abruf 07.05.2025

- Kurz, Rudi (2021): Sustainability Communication in Case of Emergency: The Role of NGOs in Implementing the SDGs, in: Franzisca Weder et al. (Hg.): The Sustainability Communication Reader. A Reflective Compendium, Wiesbaden, S. 463–484. https://doi.org/10.1007/978-3-658-31883-3_25; letzter Abruf 07.05.2025
- Kurz, Rudi (2022): Lindner-Papier: Mit Angebotspolitik zurück in die Zukunft? in: Makronom. Online-Magazin für Wirtschaftspolitik, 26.05.2022. <https://makronom.de/christian-lindner-strategiepapier-mit-angebotspolitik-zurueck-in-die-zukunft-41895>; letzter Abruf 07.05.2025
- Kurz, Rudi (2023a): Argumente gegen einen subventionierten Industriestrompreis: Ökonomisch ineffizient, unsozial, ökologisch schädlich, in: Makronom. Online-Magazin für Wirtschaftspolitik, 25.09.2023. <https://makronom.de/industriestrom-subventionierung-oekonomisch-ineffizient-unsozial-oekologisch-schaedlich-44979>; letzter Abruf 07.05.2025
- Kurz, Rudi (2023b): Wachstumsunabhängigkeit: Transformation und Wohlstand erneuern – ohne Wachstum, in: Wirtschaftsdienst 103. Jg., Heft 7, S. 445–449. <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2023/heft/7/beitrag/wachstumsunabhaengigkeit-transformation-und-wohlstand-erneuern-ohne-wachstum.html>; letzter Abruf 07.05.2025
- Kurz, Rudi (2024a): Finanzierung von Staatsaufgaben: Nachhaltige Finanzpolitik und Schuldenbremse, in: Wirtschaftsdienst 104. Jg., Heft 1, S. 29–32. <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2024/heft/1/beitrag/finanzierung-von-staatsaufgaben-nachhaltige-finanzpolitik-und-schuldenbremse.html>; letzter Abruf 07.05.2025
- Kurz, Rudi (2024b): Demokratie ohne Wachstum und Kultur des Wandels, in: Wirtschaftsdienst 104. Jg., Heft 9, S. 626–630. <https://www.wirtschaftsdienst.eu/pdf-download/jahr/2024/heft/9/beitrag/demokratie-ohne-wachstum-und-kultur-des-wandels.html>; letzter Abruf 07.05.2025
- Kurz, Rudi (2025): Zeitenwende 2.0: Was wird aus dem Klimaschutz? in: Makronom, 27. März 2025. <https://makronom.de/zeitenwende-2-o-was-wird-aus-dem-klimaschutz-48691>; letzter Abruf 28.05.2025
- Kurz, Rudi/Spangenberg, Joachim/Zahrnt, Angelika (2024): Carbon Management Strategie: Deponieren statt reduzieren? in: Ökologisches Wirtschaften 39. Jg., Heft 3, S. 8–11.
- Kurz, Rudi/Zahrnt, Angelika (2024): Suffizienz als strategische Option gewinnt an Bedeutung, in: Ökologisches Wirtschaften 39, Heft 4, S. 30–34.
- Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westhäuser, Linus (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin.

- Mazzucato, Mariana (2013): *The Entrepreneurial State: Debunking Public vs. Private Sector Myths*, London.
- Mazzucato, Mariana (2021): *Mission Economy. A Moonshot Guide to Changing Capitalism*, Dublin.
- Meadows, Dennis L. et al. (1972): *The Limits to Growth. A Report for the Club of Rome's Project on the Predicament of Mankind*, New York.
- Randers, Jorgen (2012): *2052. A Global Forecast for the Next Forty Years*, White River Junction.
- Röpke, Wilhelm (1958): *Jenseits von Angebot und Nachfrage*, Erlenbach-Zürich/Stuttgart.
- Schmelzer, Matthias (2023): Degrowth als Notwendigkeit. Wider die Legende vom grünen Wachstum, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Oktober, S. 96–104.
- Schneidewind, Uwe/Zahrnt, Angelika (2013): *Damit gutes Leben einfacher wird. Perspektiven einer Suffizienzpolitik*, München.
- Schumpeter, Joseph A. (1942): *Capitalism, Socialism and Democracy*, New York.
- Spangenberg, Joachim H./Kurz, Rudi (2023): *Epochal Turns: Uncomfortable Insights, Uncertain Outlooks, Sustainable Development*, Vol. 31, S. 1–16. <https://doi.org/10.1002/sd.2512> ; letzter Abruf 8.07.2025
- SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2023): *Wachstumsschwäche überwinden – in die Zukunft investieren, Jahresgutachten 2023/24*, Wiesbaden. https://www.sachverständigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/jg202324/JG202324_Gesamtausgabe.pdf ; letzter Abruf 09.01.2025
- Victor, Peter A. (2008): *Managing Without Growth. Slower by Design, Not Disaster*, Cheltenham u.a.
- Vollrath, Dietrich (2020): *Fully Grown. Why a Stagnant Economy Is a Sign of Success*, Chicago/London.
- Welzer, Harald (2011): *Mental Infrastructures. How Growth Entered the World and Our Souls*, Heinrich Böll Foundation, Berlin.